



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die preußische Landtagswahl und die römische Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gehören eben nicht mehr zu Halbasiem. Und so lautet denn auch sein Omega, wie sein Alpha: deutsche Kultur, wirkliche Kultur für diese Ostländer! Wie gering die Aussichten für die Verwirklichung dieses Ideals sind, sagt sich Franzos wohl selbst, uns Nichtösterreichern erscheinen sie noch viel geringer als ihm. Zum Verständnis der ungeheuern Schwierigkeiten, mit denen Bildung und menschenwürdiges Leben in Halbasiem zu kämpfen haben, tragen Franzos' Skizzenbücher ein beträchtliches bei, und so seien denn auch die beiden Bände „Aus der großen Ebene“ der Teilnahme denkender Leser empfohlen.



Die preußische Landtagswahl und die römische Frage.



er soeben beendigten preußischen Landtagswahl durfte von den verschiedensten Gesichtspunkten aus ein besonderes Interesse entgegengebracht werden. Nach den schweren Heimsuchungen, die das Drei-Kaiser-Jahr über die Nation verhängt hatte, war die Landtagswahl eine Mahnung zur innern Sammlung, zur Abklärung der politischen Leidenschaften, zur besonnenen Stellungnahme angesichts einer mannigfach veränderten Lage. Der Herrscher, der bereits bewiesen hatte, daß er nicht nur der Erbe seiner Väter, sondern in Wahrheit der Führer seines Volkes zu sein ebenso befähigt als entschlossen war, hatte alle Wohlbedenkenden aufgerufen, „die Wohlfahrt des Landes in gemeinschaftlicher, durch die Verschiedenheit prinzipieller Grundanschauungen nicht gestörter Arbeit fördern zu helfen,“ und er hatte damit im Volke weithin Zustimmung gefunden. An sich war es einerseits ein keineswegs erwünschter Umstand, daß der Thronbesteigung alsbald eine Neuwahl folgte. Es war zu besorgen, daß die durch das Jahr hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse durch eine weitere Steigerung des ohnehin so leidenschaftlichen Parteikampfes gemehrt wurden, der bereits Formen angenommen hatte, wie sie kaum in der Konfliktzeit dagewesen waren, und auf Gebiete erstreckt worden war, vor denen unter dem ehrfurchtgebietenden Szepter unsers alten Kaisers alle Gegensätze Halt gemacht hatten. Diesen Zustand zu beenden, den Thron und die Königsfamilie nicht länger der leidenschaftlichen Tagesdiskussion auszusetzen, lag im Interesse aller Vaterlandsfreunde. Beiden, dem Könige wie dem Volke, mußte an einem Zeitabschnitte ruhiger innerer Sammlung, stillen Fortarbeitens gelegen sein, um für neue Reformarbeit die rechte Vorbereitung, eine größere Einmütigkeit der Parteien und die

rechten Ausgangspunkte zu gewinnen. Hierfür bot die nun einmal unvermeidliche Landtagsneuwahl andrerseits doch gewisse Voraussetzungen.

Die abgelaufene Legislaturperiode hatte den Kirchenfrieden mit Rom zu Stande gebracht. Man durfte somit erwarten, wenigstens nach dieser Richtung hin ein Element langjähriger Zwietracht aus dem Wahlkampfe ausgeschieden und die Zentrumsparthei eine Haltung einnehmen zu sehen, die dem eingetretenen Friedenszustande, den guten Beziehungen zwischen Berlin und Rom, der bevorstehenden Begegnung des Kaisers mit dem Papste entsprechen würde. Das Verhalten der Führer in dem seit dem Friedensgesetze vom 29. April 1887 abgelaufenen Jahre hatte freilich wenig dazu beigetragen, solche Erwartungen zu rechtfertigen — die Erinnerung an den Windthorst'schen Schulantrag, an seine Sprache bei der Beratung des Kultusetats, an die Trierer Generalversammlung lag nahe genug —; dennoch war die Annahme nicht unbegründet, daß die neue Lage dem Zentrum, einer preussischen Partei, zunächst ein ruhiges Abwarten als ein Gebot ebenso der politischen Klugheit wie des politischen Anstandes auferlegen würde. Zumal nach der Huldigungsadresse der Bischöfe vom 29. August durfte vorausgesetzt werden, daß diese ihren Einfluß im Sinne patriotischer Mäßigung geltend machen würden.

Die Wiederherstellung des Kirchenfriedens im Rahmen des Möglichen war einer der letzten Wünsche und eine der letzten Thaten unsers ersten Kaisers. Nachdem es ihm beschieden gewesen war, die höchsten patriotischen Ziele der Nation im Einklang mit dem monarchischen Prinzip seines Hauses zu verwirklichen, hatte es ihn umsomehr bekümmert, daß den Deutschen diese heißersehnte und heißerrungene Frucht durch die schwersten innern Kämpfe vergällt wurde. Der Individualismus in deutscher Volksseele brauchte Zeit und mußte austoben, ehe er sich den neuen Ordnungen der Reichsgemeinschaft einpaßte; die neue Zeit brachte neue Strömungen, für die das sichere Bett erst geschaffen werden mußte, neue Ansprüche, für deren Befriedigung erst die Form zu finden war. So blieb die 27jährige Regierungszeit Kaiser Wilhelms I. von den schwersten Aufgaben, die in unsern Tagen einem Herrscher zufallen konnten, erfüllt, Aufgaben, wie sie in solchem Alter noch nie ein Monarch gelöst hat. Er unterzog sich ihnen mit der Hoffnung auf eine um so gesichertere Zukunft, für die seinem Sohne und Nachfolger ein nach außen geachtetes, gut bewehrtes und in sichern Bündnissen stehendes Reich, nach innen ein einiges und befriedigtes Volk zu hinterlassen sein Streben war. Diesem Ziele hat er manches Opfer seiner Überzeugung gebracht, wie denn überhaupt die erhabensten Seiten seiner Herrschergröße in der Selbstbescheidung und Unterordnung der eignen Anschauung unter Staatszweck und Königspflicht beruhen.

Diesem schlichten Heldentum des großen Königs und Kaisers verdankt das Kirchengesetz vom 29. April 1887 die Unterschrift. In Rom nahm man es mit lautem Danke, in den Zentrumskreisen des eignen Landes zum Teil mit

unverhehlter Abneigung entgegen. Während der Papst seine hohe Befriedigung aussprach und in dem Breve an den Erzbischof von Köln verkündete, daß nunmehr den Katholiken Preußens die Ausübung der Religion wieder in befriedigender Weise gesichert sei, ferner in der Ansprache an das Kardinalskollegium vom 23. Mai verkündete: *certe asperrimo illi certamini finis impositus, . . . proptereaque Deo singulares gratias et agimus et habemus*, sahen diejenigen Katholiken, die dem Papste ihren Dank darbringen wollten, in der Zentrumspresse sich aufs heftigste geschmäht und angegriffen; es genügt in dieser Beziehung an die Erklärung des Grafen Brühl vom 14. Mai v. J. zu erinnern. Die Elemente, die im Frühling 1871 ohne, ja gegen den Willen des damaligen Papstes in so überraschender Weise den Kampf gegen Reich und Staat begonnen und sechzehn Jahre lang durchgeführt hatten, wollten in ihren Plänen nicht durch seinen Nachfolger gestört sein.

Man wende nicht ein, die Zentrumsführerschaft habe durch ihr Verhalten in der Zollfrage der Regierung ein Entgegenkommen und eine Bereitwilligkeit zu friedlicher Mitarbeit bethätigt; ein andres Verhalten hätte einfach die Existenz der Partei und ihrer Parlamentsfraktion in Frage gestellt. Überwiegend aus ländlichen Wahlkreisen hervorgegangen, konnte sie sich nicht in geraden Gegensatz zu deren materiellen Bedürfnissen stellen. Die Stärkung des Staates durch Bewilligung der Zölle war daher für Herrn Windhorst ein unausweichliches Gebot der Lage gewesen, die damit verbundene Herstellung einer konservativ-kerikalen Mehrheit sollte ihm weitere günstige Aussichten eröffnen. Ebenso konnte die Partei ihre Mitwirkung auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung nicht versagen. Dagegen hatte ihr Verhalten in der Septennatsfrage bewiesen, wie wenig ihr an der Förderung des innern Friedens gelegen und wie gering die Widerstandskraft der einsichtigeren Elemente gegen die Windthorst'sche Politik und deren Ziele war. Dieselbe Unbotmäßigkeit, welche die Zentrumsführerschaft hierbei dem Papste gegenüber an den Tag gelegt hatte, bekundete sie auch angesichts des Friedenschlusses. Konnte sich das Zentrum der Annahme des Kirchengesetzes füglich nicht entgegenstellen, so ließ dagegen die Sprache der Zentrumspresse niemanden im Zweifel, mit welchen Gesinnungen der Friede angenommen wurde. Ging doch ein schlesisches Blatt so weit, zu erklären, daß „der Papst das Zentrum verleugnet habe.“ Im August versammelten sich die Bischöfe zwar in Fulda und gaben nach Beratung der Huldigungsadresse ihrem Dank in einem gemeinsamen Hirtenbriefe Ausdruck, worin sie die Gläubigen aufforderten, „beim Anblick besserer Zeiten freudigen Gefühlen Raum zu geben,“ aber im September folgte die Trierer Katholikenversammlung, die eine derartige Dankeskundgebung nicht für erforderlich erachtete, auf der dagegen Herr Windthorst den Kampf um die Schule von neuem ankündigte. Ein in Schlesien gemachter Versuch, die katholischen Pfarrer zu verpflichten, eine Stelle, an der das staatliche Einspruchsrecht geübt worden sei, überhaupt nicht anzu-

nehmen, ward zwar von dem Fürstbischof zu Breslau unterdrückt, bleibt aber bezeichnend für den Geist der Auflehnung gegen höchste päpstliche Entscheidung, wie er bei diesem Kirchengesetz in kaum je erhörter Weise hervortrat. Im Februar stellte Herr Windthorst auf dem Landtage seine bekannten Schulanträge, aus seinem Verhalten bei der Beratung des Kultusetats hätte niemand entnehmen können, daß diese doch fast ein Jahr nach dem Friedensschlusse stattfand.

Die schweren Schickungen, die dann über Deutschland hereinbrachen, drängten wie so viele andre Fragen auch die kirchliche in den Hintergrund; erst mit der Wahlbewegung für die Landtagswahl erschien das Zentrum wieder auf dem Plane. Die Verhältnisse hatten sich inzwischen wesentlich geändert. Das Drei-Kaiser-Jahr hatte die Tragfähigkeit des jungen Reiches der denkbar schwersten Probe unterworfen, und das Reich hatte sie glänzend bestanden. Aus der Einmütigkeit der Trauer war im Süden wie im Norden eine entschlossene Einmütigkeit der nationalen Gesinnung erwachsen, für partikularistische Regungen, die ehemals mit zu den stärksten Nährwurzeln des Zentrums gehört hatten, schien fortan nur noch geringe Aussicht zu sein. Deutschlands ausschlaggebende Stellung war eher befestigt als gemindert, im Innern war die Nation in weitesten Kreisen von einer unverkennbaren Beruhigung und Zuversicht erfüllt.

Unter einer so gestalteten Gesamtlage erging am 4. Oktober, als der Kaiser auf dem Wege nach Rom bereits in Wien weilte, der aus dem Monat Juni (!) datirte Wahlaufruf des Zentrums. Nicht ohne Mühe war aus ihm zu ersehen, ob er vor oder nach dem 16. Juni redigirt war, zweimal sind darin Stellen aus dem Erlasse Kaiser Friedrichs vom 12. März citirt. Auch hier also der Versuch, den König gegen den König auszuspielen. Gleich Herrn Richter findet auch das Zentrum „in den feierlichen Königsworten jüngster Zeit unsre ganze Haltung seit dem Bestande der Partei bestätigt.“ Als ob die von Kaiser Friedrich befürwortete „gesunde Grundlage der Gottesfurcht“ die von Herrn Windthorst verfochtene wäre!

Wer geglaubt hatte, das Zentrum werde zu den Wahlen eine der neuen politischen Lage Rechnung tragende, sie erleichternde Haltung annehmen, hatte sich somit verrechnet. Des Kirchenfriedens ward zwar „dankbar“ als eines „nicht zu unterschätzenden Anfanges“ gedacht, jedoch hinzugefügt: „Noch ist die Freiheit unsrer heiligen Religion in Preußen und in Deutschland nicht erstritten, die Aufgabe, die wir uns vorgesezt, noch nicht gelöst.“ Also auf das finis impositus des Papstes die erneute Ankündigung der Fortsetzung des Streites, auf die Erklärung des päpstlichen Breve, daß die Katholiken nunmehr in ungeförter Freiheit ihre kirchlichen Bedürfnisse befriedigen könnten, die Behauptung, daß diese Freiheit erst erstritten werden müsse! Daran knüpfte sich in behaglicher Breite von neuem der Schulantrag, der den gesamten Religionsunterricht einfach in die Hände der „kirchlichen Oberen“ legt. Welche Früchte der preussische Staat davon zu gewärtigen hätte, haben uns die polnischen Landes-

teile zur Genüge gelehrt, als im Frühling 1866 katholische Geistliche im preussischen Schlesien für den Sieg der österreichischen Waffen beteten, gegen welche die Angehörigen derselben Gemeinden im Felde standen. Das war eine Leitung des Religionsunterrichts im Sinne des Windthorst'schen Antrags! Dann in der zweiten Hälfte des Wahlaufrufs einige banale Phrasen über die Sozial- und Wirtschaftspolitik, die bekanntlich gar nicht vor das Forum des Landtags gehört, und als eigentliches Lockmittel für den ländlichen Wähler, der etwa bis dahin von dem Aufrufe wenig oder gar nichts verstanden hatte, wurde endlich in gesperrter Schrift „die schärfste und ungleich drückende Anspannung der Steuerkraft“ gegeißelt und gerechtere Verteilung der direkten Steuern gefordert — die unvermeidliche, ihre Zugkraft stets bewährende Dekoration jedes Wahlprogramms, in welchem man Gemeinverständliches sonst nicht zu sagen hat.

Dem Wahlaufrufe der Parteileitung folgten noch besondere für Rheinland und für Westfalen. Der letztere schloß sich einfach dem „Wahlprogramm“ der Partei an, der der Rheinlande erging sich des breiteren gegen die Nationalliberalen, „die namentlich in der Rheinprovinz ihre Zeit wieder für gekommen erachten,“ und stellte eine verfehlte Wirtschaftsgesetzgebung sowie eine „vollständige Versumpfung der Sozialreform“ in den Vordergrund. So gab man sich in der Rheinprovinz wenigstens Mühe, dem offensiven Vorgehen der Partei den Charakter einer notgedrungenen Defensiven „für Wirtschaftspolitik und Sozialreform“ zu verleihen. Vielleicht war für diese „Notwehr“ auch das Eintreten des Erzbischofs von Köln erbeten und erlangt worden, der zum allgemeinen Erstaunen einen aus Neuß den 10. Oktober datirten Erlaß in die Welt sandte mit der Weisung, denselben am Sonntag vor der Wahl von allen Kanzeln zu verlesen. Auch darin ist von „Bereitwilligkeit und Thatkraft für die Beseitigung der sozialen Notstände“ die Rede, dem Klerus wird jedoch nicht allein die persönliche Wahlbeteiligung aufgetragen, sondern auch ein „Hinwirken durch Wort und Beispiel auf die Wahl von Abgeordneten, welche Gott fürchten und den König ehren, dem Kaiser geben, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“ Der „Moniteur de Rome“ war in der Lage, der telegraphischen Mitteilung dieses erzbischöflichen Wahlschreibens hinzuzufügen: „Andere Erlasse werden publizirt werden“, und in der That stellte sich auch alsbald der Bischof von Münster in nachbarlicher Kollegialität mit einem Wählerlaß vom 15. Oktober ein, worin er es „als eine besondere Obliegenheit seines oberhirtlichen Amtes“ erachtete, seine Diözesanen „mit allem Nachdruck aufzufordern,“ bei dieser Gelegenheit ihrer Gewissenspflicht eingedenk zu sein. In diesem Erlaß ist zwar von Wirtschaftspolitik und Sozialreform keine Rede, sondern nur von der Durchführung christlicher Grundsätze und dem christlichen Charakter der Schule; zum Schluß aber kommt die gleiche Weisung an die Geistlichkeit, „mit Eifer und in angemessener Weise für gute Wahlen einzutreten.“ Auch die Verlesung von allen

Kanzeln wird für den Sonntag vor der Wahl angeordnet. Mit dem „Wahlaufruf des polnischen Provinzial-Wahlkomités in Posen“ wollen wir hier nicht rechten, auffallend ist darin aber die Wendung: „Nur für diese Kandidaten, die durch unsre höchste Wahlbehörde aufgestellt sind, werden die von euch gewählten Wahlmänner stimmen.“ Hiernach giebt es also innerhalb oder außerhalb Preußens eine „höchste Wahlbehörde“, die den polnischen Preußen die Kandidaten aufnötigt. Da der Wahlaufruf des Zentrums, sogar unter Berufung auf Kaiser Friedrich, die Verfassung so sehr in den Vordergrund stellt, so erfahren wir von dieser Seite vielleicht auch gelegentlich, in welchem verfassungsmäßigen Verhältnis diese polnische „höchste Wahlbehörde“ steht. Dann wäre es aber auch erwünscht, über die Verfassungsmäßigkeit der bischöflichen Wahlbeeinflussung Aufschluß zu erhalten. Wenn die Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen in ähnlicher Weise mit Wahlerlassen aufgetreten wären und den Beamten der Provinz aufgegeben hätten, „mit Eifer für gute Wahlen einzutreten“, wie das die Bischöfe ihren Beamten gegenüber gethan haben, so würde wahrscheinlich die Zentrumspresse laut über Vergewaltigung geklagt und das Zentrum lange Reden über dieses Thema für den Landtag vorbereitet haben. Fast noch bedenklicher ist das Verhalten des Bischofs von Fulda, der zwar keinen Hirtenbrief erlassen, jedoch das Fuldaer Wahlkomité der Zentrumsparthei ermächtigt hat, den Urwählern von seinem Einverständnis mit den Bestrebungen des Zentrums und des Komités Kenntnis zu geben, denen er in seiner Diözese den besten Erfolg wünsche. Also hier sogar ein unumwunden ausgesprochenes Eintreten für die Partei!

Der Staat hat fortan mit dieser, jedenfalls nicht im Sinne des Kirchenfriedens liegenden Stellungnahme der Bischöfe für eine bestimmte Partei zu rechnen, für eine Partei, die im Gegensatz zum Papst erklärt, daß der Religionsstreit noch lange nicht beendet sei. Als Obliegenheit ihres Oberhirtenamts vermögen wir uns das nicht zu denken. Wollen die Bischöfe damit die mancherlei schwerwiegenden Bedenken rechtfertigen, die gegen das Kirchengesetz geltend gemacht wurden, und deren Überwindung herbeizuführen vielleicht das schwerste Stück Arbeit des Kanzlers an dem Friedenswerke gewesen ist? Die Wahlbeeinflussung von geistlicher Seite wiegt jedenfalls unendlich schwerer als jede Wahlbeeinflussung vonseiten irgend eines weltlichen Beamten, der im schlimmsten Falle in das irdische Wohlergehen, nicht aber in das Seelenheil der Wähler eingreift.

Wir stehen der Thatfache gegenüber, daß preussische Bischöfe es auch jetzt noch als mit ihrem Amte vereinbar erachtet haben, die Offensive gegen den Staat, welche Herr Windthorst ankündigte, mit allen Mitteln ihres Bischofsamtes zu unterstützen, eine Offensive, die übrigens eben so deutlich, als in dem Wahlprogramm selbst, auf der Katholikenversammlung in Freiburg, dem Vereinsjubiläum in Mainz u. s. w. hervorgetreten ist. Ihre besondere Illustration

erhält diese Thatsache dadurch, daß die bischöflichen Erlasse zu der Zeit erschienen sind, wo der Kaiser in Rom weilte. Vom 10. Oktober datirt das Wahlschreiben des Erzbischofs von Köln, am 12. Oktober besuchte Kaiser Wilhelm den Papst.

Ist auch für jedermann, dem unsre Geschichte seit 1866 geläufig ist, vollkommen begreiflich, daß Herr Windthorst den vom Papste für beendet erklärten Kampf fortzuführen für notwendig erachtet, weil seine ganzen politischen Pläne darauf gebaut sind, die Bevölkerung in Unfrieden und Aufregung zu erhalten, so erscheint doch die Handlungsweise der Bischöfe nur dann verständlich, wenn man sie in jene große Bewegung eingliedert, die unverkennbar die gesamte katholische Welt durchzieht. Zum Teil vielleicht durch das Jubiläumsjahr des Papstes, die zahlreichen Pilgerfahrten und vielfachen Kundgebungen Veos XIII. hervorgerufen oder doch genährt, greift sie doch zum größern Teile in das kriegsgefahrschwängere Jahr 1887 zurück und hat ihren Ausgangspunkt in der Situation, welche durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Grafen Robilant bezeichnet wurde. Der Dreibund gewährte Italien eine Bürgschaft für seine Hauptstadt, wie es sie bis dahin noch nicht besessen hatte, aber damit war den deutsch- und friedensfeindlichen Bestrebungen zugleich ein neuer Angriffspunkt gegeben. Bündnisverträge schließen für die verbündeten Staaten die Verbürgung des Besitzstandes ein und jede Erörterung desselben aus. Von diesem Gesichtspunkte muß die Anfeindung beurteilt werden, welcher das deutsch-österreichische Bündnis, welcher der Dreibund in gewissen Kreisen Österreichs begegnet. Finden wir doch die Vertreter dieser Richtung unter dem Aufruf vom 2. November, der die Katholiken Österreichs, „die katholischen Männer aller Länder, aller Zungen der habsburgisch-lothringischen Monarchie“ zum zweiten österreichischen Katholikentag auf den 25. bis 29. November nach Wien beruft. „Große Fragen der Gegenwart“ sollen auf diesem Katholikentage verhandelt werden, den die Einberufer unter den Schutz des göttlichen Herzens Jesu stellen. Sie bezeichnen die Versammlung als „eine patriotische That,“ „weil jede Stärkung katholischen Geistes eine Stärkung Österreichs bedeutet, denn Österreichs Grundvesten lagern tief im katholischen Christentum.“ Diesem Katholikentage soll Prinz Liechtenstein präsidiren, der Urheber der bekannten Schulanträge im österreichischen Reichsrat, die zwar einstweilen auf den sehr bestimmt ausgesprochenen Wunsch des Kaisers Franz Joseph vertagt worden sind, aber der Katholikentag hat gar keinen andern Zweck, als der Politik, wie sie durch den deutschen Adel Österreichs betrieben wird, der so undeutschen Bestrebungen seinen Einfluß leiht und sich völlig in den Dienst derselben stellt, als Stütze zu dienen. Der Eintritt des Grafen Schönborn in das Ministerium Taaffe ist ein weiterer und deutlicher Schritt auf diesem Wege, während von Osten her von Tag zu Tag erkennbarer eine ernste Gefahr gegen das Reich heranzieht.

Einer mehr und mehr erstarkenden katholischen Bewegung, die vielfach

bereits an das Jahr 1875 erinnert, begegnen wir auch in Frankreich. Sie hat dort, wie in Osterreich, einen hervorragend politischen Charakter und ausgesprochen politische Ziele. Jede durchgreifende Veränderung der innern Lage Frankreichs vollzieht sich in dieser Richtung. Wir haben neuerdings gesehen, wie die Republik der Freidenker sich nach außen hin in den Dienst des Papstes stellt, und wie die katholischen Missionen, besonders in Asien, mit französischen Missionen gleichbedeutend sind. Wenn die Republik von 1849 Rom dem Papste zurückgab, weshalb sollte die Republik von heute davor zurückschrecken — wäre nur der Dreibund nicht da. So sind die Anstrengungen, die sich gegen den Letztern richten, eng verquickt mit den Bestrebungen auf Wiederherstellung der weltlichen Papstmacht, und wie der Papst noch am 24. Oktober die neapolitanischen Pilger ermahnte, sich immer als ausdauernde und furchtlose Freunde dieser edlen Sache zu zeigen, wie er bei einem andern Anlaß kürzlich sagte: „wenn der Papst sich bedrückt fühlt, so sind die Katholiken unzufrieden,“ so hat diese katholische Agitation in Deutschland und Osterreich den wenn auch nicht genannten Zweck, durch die Unzufriedenheit der Katholiken einen Druck auf die Regierungen zu üben, ihre Aktionskraft zu lähmen, womöglich die Auflösung des Dreibundes herbeizuführen. Die *Civiltà cattolica* hat in ihrem am 3. November erschienenen Heft hierüber recht deutlichen Aufschluß gegeben. Diese Aufgabe des Herrn Windthorst ist allerdings „noch nicht gelöst.“

Aus diesem Grunde ist der Kirchenfrieden für ihn so wenig ein Hindernis zur Wiederaufnahme des Streites, wie der Wahlerlaß des Bischofs von Münster für ihn ein Hindernis war, in Hagen die Wiederwahl Eugen Richters vorzuschreiben, obgleich diese doch zu dem bischöflichen Erlaß, der die Wahl von Männern empfiehlt, die von Religion und Gottesfurcht durchdrungen sind, im denkbar größten Gegensatz steht. Die Schulfrage ist eben Mittel zum Zweck. Herr Windthorst weiß genau, daß der preussische Staat die Art an die eigne Wurzel legen würde, wenn er die Schule aus der Hand geben wollte, und daß dazu kein preussischer Staatsmann sich bereit finden lassen wird. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Je entschiedeneren Widerstand der Staat leistet, um so länger kann der Kampf fortgesponnen werden, dieser Kampf, welcher der Kitt für die Zentrumsparthei, die Nährwurzel der Zentrumspresse und das einzige Piedestal der Windthorstschen Führerschaft ist. In dieser außerordentlich bequemen Position hat der Führer des Zentrums die Parthei völlig und dauernd in seiner Hand und kann sie zu seinen sonstigen Zwecken wie die Steine im Brettspiel brauchen. Wohl hat Herr Windthorst dem Fürsten Bismarck für den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses Komplimente gemacht und dieses Bündnis als eine seiner bedeutendsten Thaten gepriesen. Aber wir zweifeln nicht, daß der Kanzler da einen Augenblick mißtrauisch gegen sich selbst geworden ist und sich die Sache noch einmal

genau angesehen hat. Für den Welfenstaatsmann sind freilich dabei andre Erwägungen maßgebend als für den deutschen Reichskanzler. Der letztere wird dafür zu sorgen wissen, daß die seinigen maßgebend bleiben, und der Dreibund wird seine Kraft auch dann bewähren, wenn etwa Frankreich früher oder später, auf die Stärke der katholischen Bewegung in Deutschland und namentlich in Oesterreich vertrauend, Rom zur „Befreiung“ des Papstes angreift. Frankreich wird sein ersichtlich wieder erstarkendes Ausdehnungsbedürfnis stets durch eine „Idee“ zu legitimiren suchen, denn nur für eine solche wird die Nation fortzureißen sein. Mit der bloßen „Revanche“ ist es nichts, dazu ist Elsaß-Lothringen dem größten Teil der Franzosen viel zu gleichgiltig, und ein Revolutionskrieg im Namen des vierten Standes, wie zu Ende des vorigen Jahrhunderts im Namen des dritten Standes, dürfte auch nicht im Geschmack der Nation liegen, die den Sanskulottismus doch nur vorübergehend als ein Extrem der Mode erträgt. Aber für die „Befreiung des Papstes“ wäre das Risiko ein geringeres, vorausgesetzt, daß es zuvor gelingt, Deutschland zu neutralisiren. Zu solcher Politik würde die Republik jetzt vielleicht noch bereitwilliger sein als eine sie beerbende Monarchie. Das päpstliche Rundschreiben an die Nuntiatoren aus Anlaß des Kaiserbesuchs sanktionirt im voraus alle derartigen Bestrebungen, es stellt die gegenwärtige Lage als eine „für den Papst gänzlich unwürdige, die ganze katholische Welt verletzende“ hin. Schon sehen wir als zeitgemäße Erscheinung auch die russischen Sendboten im Vatikan auftauchen und den französischen Einfluß in Madrid bereits die Besetzung der spanischen Botschafterposten erreichen.

Mit dem großen Geschick, welches die vatikanische Diplomatie in der Beherrschung und Führerschaft der Massen bethätigt, hat sie sich soeben in kluger Voraussicht auch mit an die Spitze der Bewegung gegen die Sklaverei gestellt. Die Gürzenich-Versammlung in Köln war stark von klerikalen Elementen durchsetzt, Führer des Zentrums sind in der Agitation thätig, die ihnen einen neuen Zugang des Einflusses auf die Massen eröffnet. Ist es einerseits begreiflich, daß die römische Kirche sich einen möglichst großen Anteil an den zu bekehrenden Negervölkern zu sichern sucht, denen die Kultur Europas sich jetzt unzweifelhaft nähert, so sind andererseits die achtzigtausend Franks, welche Kardinal Lavigerie dem in Köln begründeten katholischen Afrikaverein zur Verfügung gestellt hat, doch eine Ziffer, die im Auge behalten werden muß.

Die dieser Betrachtung vorgesezte Überschrift ist weit davon entfernt, etwa zu besagen, daß für uns Deutsche, für die deutsche Politik, die römische Frage, d. h. die Frage der Hauptstadt Rom, irgend vorhanden wäre. Als Victor Emanuel auf dem Monte Citorio vor dem italienischen Parlament die siegesfrohen Worte sprach: „Wir sind in Rom gelangt, und hier werden wir bleiben,“ war diese Frage auch für Deutschland erledigt. Wohl aber zeichnet sich auf dem Hintergrunde der jetzt beendeten preussischen Landtagswahl, durch

das Verhalten des Zentrums im Zusammenhange mit einer weithin erkennbaren katholischen Bewegung, eine römische Frage ab, die ersichtlich dazu bestimmt ist, den Weltfrieden aus den Angeln zu heben, und die daher der Aufmerksamkeit aller Patrioten hiermit empfohlen sei!



Kleinere Mitteilungen.

Ein Kritikerstreit. Wir verschonen unsre Leser nach Möglichkeit mit den Einzelheiten wissenschaftlicher Polemik, ganz besonders wenn sie sich auf dem Gebiete abspielt, auf dem bekanntlich von jeher das Maaß der aufgewendeten Galle in einem beträchtlichen Mißverhältnis zu dem des behandelten Gegenstandes steht, nämlich auf philologischem Gebiete. Da wir aber nun einmal — wir gestehen es, zu unserm Bedauern — Anlaß zu einer solchen gegeben haben, und zwar ahnungslos durch Aufnahme eines uns nach dieser Richtung hin sehr ungefährlich dünkenden Aufsatzes, so ist es unsre Pflicht, wenigstens unser Verhältnis dazu kurz darzulegen, ohne unsern Lesern den Genuß einer Fortsetzung des Streites zuzumuten. H. Dünkers Besprechung von Runo Fischers Festvortrag bei der letzten Goetheversammlung über Goethes Iphigenie (in Buchform bei C. Winter in Heidelberg erschienen), der wir in Nr. 40 Raum gewährten, hat den Zorn des Verfassers in ungewöhnlich hohem Grade erregt.*) Die Frage, ob die Iphigenie in religiös-christlichem oder antik-humanem Sinne aufzufassen sei (eine Frage, die uns nebenbei sehr wohl eine doppelte Beantwortung zuzulassen scheint) hat hierbei zu Wirkungen geführt, die dem Anlaß nicht nur wenig entsprechend, sondern — sowohl im „religiös-christlichen als antik-humanen Sinne“ — seiner wenig würdig erscheinen dürften. Grade von dem Vertreter einer so versöhnlichen Interpretation der Iphigenie, wie es die erstgenannte ist, sollte man einen weniger beleidigten und persönlich gereizten Ton erwarten einem Gegner gegenüber, der in der ruhigsten Weise nichts anderes gethan hat, als die „andere Seite“ einer offenbar zwiespältigen Sache zu beleuchten. Daß sich der Zwiespalt sehr wohl einen läßt, daß, wie Fischer auf S. 45 seiner Schrift selbst anführt, der „christliche Charakter“ der Dichtung keineswegs erst von ihm herausgefunden worden ist, auf der andern Seite ihr rein humaner Charakter (die Griechin im Barbarenlande) damit sehr wohl bestehen kann, diese Erkenntnis scheint beiden Verfassern bei ihrer Sondermeinung in Verlust geraten zu sein. Dünkers Argumente sind nicht die unsrigen, ebensowenig wie der Ton des Fischerschen Artikels der der Allgemeinen Zeitung, und wenn wir in der angeführten Nummer eine Seite umschlagen und in dem vierteljährlichen „Verzeichnis der Herren Verfasser“ unter den ersten H. Dünker finden, so fragen wie uns vergeblich, warum gerade die Grenzboten ihre Besorgnis vor „elenden Artikeln“ bis auf die Beiträge der Fachgelehrten ausdehnen sollten, die einmal „andrer Meinung“ sind.

*) S. die Beilage zur Allg. Z. Nr. 195: „Herr Dünker als Kritiker.“